

NHG Winterthur, 20. Januar 1998

**Wie kommt die Schweiz aus der nationalen Depression heraus?  
oder Das Projekt Schweiz**

Verehrte Damen und Herren

Frühmorgens am Neujahrstag spazierte ich dem Zürcher Seeufer entlang und beobachtete ein junges Paar, das soeben am chinesischen Pavillon eine Mauerinschrift angebracht hatte und sich Hand in Hand auf Rollschuhen davonmachte. Neugierig durchquerte ich die Spielwiese vor der schon zerbröckelnden Mauer: *"Die Schweiz beantrage Asyl bei Europa"*, hiess die mit Kreide hingemalte Botschaft. Ich fühlte mich zurückversetzt in die frühen Achtzigerjahre, als die Jugend mit Hilfe ihrer Mauergraffiti eine öffentliche Stimme suchte, die in der damaligen Patt-Situation zwischen offizieller Gewalt und rebellischer Ohnmacht als ungehörig, als Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, mit Sanktionen belegt und kaum wirklich, als Stimme der mit der Zukunft beauftragten Generation, beachtet wurde.

Was ist heute ähnlich, was ist heute anders, fragte ich mich beim Weitergehen. Wieder befinden wir uns in einer Patt-Situation, aber die Jugend schliesst sich zu keiner politischen Rebellion mehr zusammen, nicht einmal zu einer so diffusen wie damals. Ein Teil zelebriert in grossen, bunten Street-Parades die Welt als Maskenfest, ein anderer Teil sammelt sich in Skin-Head-Gangs, um xenophobe Gewaltphantasien auszuleben, ein anderer Teil beteiligt sich verbissen am technologischen und wirtschaftlichen Wettstreit. Die Inschrift am China-Haus (auch das grosse Interesse, das gerade in Winterthur dem Jugendparlament entgegengebracht wird und a.m.) beweist, dass ein Teil der Jugend sich auch mit den politischen Problemen der Schweiz befasst. Wie liesse sich ein noch grösserer Teil für ein aktives, innovatives, emanzipatorisches politisches Engagement gewinnen? - eventuell, wenn die Schweiz zum "Projekt" erklärt würde?

Das heutige Jahr ist dazu ausersehen, mit dem Abschluss der Verfassungsrevision - sowohl im Rückblick auf 150 Jahre Bundesstaat wie im Vorausblick auf die Jahrhundert-/Jahrtausendwende - einen massgeblichen Beitrag zur Klärung der akteullen Patt-Situation zu leisten. 1998 soll als Jubiläumsjahr gefeiert werden. Aber die Schweiz tut sich schwer mit ihren "Jubeljahren". 1991, als die konservativen Patrioten die mythische Urszene "700 Jahre Rütlichschwur" feierten, distanzierte sich ein grosser Teil der kritischen Schweizer und Schweizerinnen davon, weil der bei dieser Gelegenheit zum Identifikationsmodell deklarierte wehrhafte Dreierbund der Waldstätte in keiner Weise dem vielgestaltigen, vielsprachigen pluralen Staatsbild der Schweiz von heute entspricht, sondern mehr davon auslässt und weglässt als einschliesst. Diejenigen, die 1991 der Absage an eine Schweiz mit dem Réduit-Mief, der Absage an ein Selbstbild der angstbesetzten Kleinstfestung, welche die Sicherheit einer eng definierten Anzahl privilegierter Zugehöriger verteidigt, eine andere Schweiz entgegenstellten, verteidigten damals das Bild einer lebendigen, widerspruchsfähigen und offenen Demokratie, die als Modell des staatlich geregelten Zusammenlebens der vielen - unter sich ungleichen - Menschen in praktizierter und respektierter Rechtsgleichheit und Freiheit

weiter ausbaufähig sein könnte. Diese Schweiz wäre nun 1998 zu feiern angesagt, zum einen mit dem Gedenken an den nicht ständisch eingeschränkten, sondern politisch offenen Begründungsakt einer "res publica", welche die kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschiede zu verbindenden suchte - nämlich die vor 150 Jahren, 1848, zustandegekommene Verfassung -, zum andern mit einem neuen zukunftsweisenden Begründungsakt in Gestalt der aktuellen Verfassungsrevision. Nun aber, wo es soweit ist, macht sich anstelle der Feierstimmung eine grosse Verunsicherung breit, die zunehmend Symptome einer nationalen Depression aufweist.

Was der Schweiz für das Jahr 1998 als Aufgabe bevorsteht, nämlich zu klären, wie, mit welchen Massnahmen und Schritten, in der heutigen Situation die Zukunft zu einem Projekt für alle werden könnte, soll als Reflexionsübung heute versucht werden. Dabei schlage ich vor, zuerst, quasi diagnostisch, die Elemente unserer "nationalen Depression" zu betrachten. Anschliessend sollen, auch im Rekurs auf 1848, die durch die Krise verdeckten Möglichkeiten einer politischen und gesellschaftlichen Aktivierung und Neuorientierung gesucht werden.

### Warum diese "nationale Depression"?

In aller Vorsicht stelle ich folgendes fest: Die Schweiz - d.h. eine Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger - besitzt kein positives Selbstbild mehr, die positive Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung ist abhanden gekommen, und sie bringt es nicht fertig, um den Verlust wirklich zu trauern. Verbissen will sie das, was sich als negatives Selbstbild entpuppt, weiter lieben. Damit tut sie kund, dass sie weder die Aufräumarbeit wirklich zu leisten gewillt ist noch dass sie zu einer generösen konstruktiven Veränderung bereit ist. Einerseits verlagert sie den Ärger nach "draussen", auf die "anderen" - das Weltjudentum, die Amerikaner, ev. auf einzelne Personen, etwa auf den Senator d'Amato, auf den Wachmann Meili, auf Herrn Singer oder Herrn Brofman, sodann, in Bezug auf einen weiteren Aspekt des Selbstverlusts, auf die "Globalisierung" oder auf "Bruxelles". Jeder dieser Sündenbock-Chiffren ist geeignet, kollektiven Ärger auf sich zu vereinen und von den eigentlichen politischen Aufgaben abzulenken. Allerdings mischt sich in den Ärger insgeheim Bewunderung für die Stärke derjenigen, die das Handeln bestimmen, obwohl sich dieses partikuläre Handeln mit seiner partikulären Gewinnerorientierung sowohl auf der wirtschaftlichen wie auf der politischen Ebene zu Ungunsten der um grösstmögliche Sicherheit bemühten Schweiz auswirkt, so dass eine lähmende Ambivalenz entsteht und in dieser Ambivalenz sich Mutlosigkeit, noch grösserer Selbstwertverlust und Zukunftsangst breitmachen.

Ob *ideologisch* der Verlust des nationalen Selbstwerts nach Kriegsende begann, als die Schweiz ihr Igel-Selbstbild als Heldenbildkonstrukt festzuzimmern begann, trotz des Ludwig-Berichts über die beschämende antisemitische Flüchtlingspolitik, trotz des Bonjour-Berichts über die Mängel des Neutralitätskonzepts, trotz der wachsenden Anzahl historischer Publikationen, die zwar in Fachkreisen, jedoch nicht offiziell zur Kenntnis genommen wurden? - oder ob der Verlust 1989 einsetzte, als unser kleines Land, das sich so eindeutig über den West-Ost-Gegensatz definiert hatte, durch den Verlust des Gegnerbilds/Feindbilds in eigene Definitionsschwierigkeiten kam? - oder ob erst in den Neunzigerjahren, als nationale Armuts- und Marginalisierungsängste einsetzten, gerade im breiten Mittelstand, und sich zunehmend verstärkten, und als gleichzeitig die Forderung nach Vergangenheitsaufarbeitung und nach Schuldenrückzahlung zu einem noch nie gekannten nationalen Prestigeverlust führten? - dies wird uneinheitlich beantwortet, entsprechend dem breiteren oder engeren Blickwinkel.

Alle drei Etappen verweisen auf verpasste Gelegenheiten, sich der eigenen Realität zu vergewissern und politisch mutig zu handeln. Und es gehört leider zur Gesetzmässigkeit aller komplexen Entwicklungen, auch jener von Nationen, dass jeder nicht aufgearbeitete Konflikt sich im nächsten fortsetzt und dadurch noch schwerwiegender wird. Betrachten wir als Beispiel den Konflikt von 1989, als sich der Schweiz die Frage stellte, gegen wen sich sich fortan abgrenzen wollte, um zu wissen, wer und was sie selbst ist. Da erfolgte die Abgrenzung gegen die Dynamik der übrigen westlichen Länder, die sich auf immer kohärentere Weise mit Staatsverträgen zu einem - wenigstens wirtschaftlich handlungsfähigen - Europa zusammenschlossen, das auf der Weltbühne als kollektiver Rollenträger auftritt. Diesem Europa gegenüber verweigerte sich die Schweiz (wie bei früheren Gelegenheiten der UNO gegenüber) durch pebisitäre Mehrheitsentscheide mit dem Rekurs auf den 1291er-Mythos - Unabhängigkeit und Neutralität -, und sie blockiert sich nach wie vor in dieser Verweigerung. Eine andere Abgrenzung (die allerdings in diesem Jahrhundert immer schon so bestand) erfolgte gegen die asylsuchenden Fremden, die mit Abschreckungsmassnahmen, resp. mit einer zunehmend restriktiveren Asylpraxis und einer an die 30er- und 40er Jahre erinnernden Rückweisungs- und Rückschaffungspraxis zur Bedrohung deklariert werden. Wie damals werden bei der heutigen restriktiven Asylpraxis nicht die Fluchtgründe der Menschen, um die es geht, berücksichtigt, sondern es werden zum Zweck deren Abwehr regelmässig Gründe der eigenen Staatsraison vorgeschoben (Schutz vor Überfremdung etc.).

Durch die Wiederholung der abwehrlegitimierten Asylpraxis wird von Regierungsseite und von oberster Verwaltungsebene aus zugleich die offizielle Verharmlosung, wenn nicht gar die Rechtfertigung der Flüchtlingspolitik der Vergangenheit verdeutlicht. Dies ist insofern folgenschwer, als Regierung und Verwaltung einerseits die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, andererseits als deren richtungsweisende Stimme wahrgenommen werden. Was Ursache und was Folge ist, kann in diesem Zusammenhang schwer festgestellt werden. Es ist jedoch augenscheinlich, dass der Grossteil der Bevölkerung auf die von aussen geforderte kritische Befragung und Dekonstruktion des Mythos Schweiz (des Mythos von der humanitären, rechtschaffenen, unabhängigen, wehrhaften und erfolgreichen Schweiz) störrisch, widerwillig und verunsichert reagiert. Erschreckend (und daher höchst beachtenswert) ist die Tatsache, dass der Widerstand gegen die Schuldanerkennung und -aufarbeitung der Schweiz - der Widerstand gegen die Trauer - nicht allein von rechtskonservativer bis rechtsradikaler Seite kommt, sondern auch von den Spitzen der bürgerlichen Mitte vertreten und sogar "begründet" wird (s.NZZ, 11. 2. 97, Nr. 34, Franz Steinegger "Kein Grund zur Scham";; Facts "Wir und die Juden").

Meiner Ansicht nach ist es alarmierend, dass der politische Freisinn die liberale Verpflichtung der primären Verteidigung der Grundrechte zugunsten einer Verstärkung rechtskonservativer Revanchismen und Abwehrhaltungen aufgibt. Damit kommt ein massgebliches Element zu den Krisenaspekten unserer Zeit hinzu. Wichtige Vertreter des Schweizer Freisinns sind ja gleichzeitig auch Vertreter eines harten neoliberalen, d.h. global deregulierten Wirtschaftskurses. Sie müssen somit für die soziale und politische Desolidarisierung und Destabilisierung unseres Landes mitverantwortlich gemacht werden. Da mutet es doppelt merkwürdig an, wenn sich zum Beispiel der freisinnige Parteipräsident zum Wortführer einer konservativen Geschichtsinterpretation macht. Mit der enormen Zunahme von Stellen- und Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren, mit der wachsenden Anzahl von working poors, von Fürsorgeabhängigen und stellenlosen Jugendlichen, angesichts dem beängstigenden Auseinanderklaffen von wachsenden Bevölkerungsteilen, die um ihre Existenz bangen und einer immer bedrängteren öffentlichen Hand auf der einen Seite sowie wenigen immer reicheren Reichen auf der anderen Seite, die sich um ihre sozialen Verpflichtungen drücken, wird das Wohlstandsparadies, auf das männiglich so stolz war, zum Privileg für eine Minderheit. Doch auch in dieser Hinsicht zeigt sich eine merkwürdige Verschiebung der

emotionalen Reaktionen in der Bevölkerung: die Akteure und Profiteure werden von den Opfern der rücksichtslosen Deregulierung bewundert, und nicht gehasst, wie es sich gerade in Bezug auf die Protagonisten der grössten Bankenfusion, durch welche allein in der Schweiz 7000 Arbeitsstellen verloren gingen, gezeigt hat. Sie sind die Heldenfiguren, die jene erfolgreiche, tüchtige, weltweit angesehene Schweiz in Erinnerung rufen und symbolisieren, die als Nation weiterhin Objekt der Liebe bleiben soll, auch wenn diese Schweiz, wie dies auf einer anderen kognitiven Ebene für viele längst klar ist, vor allem ein Mythos ist.

Wahrscheinlich hat Hannah Arendt mit ihrer Bemerkung recht, es sei nichts der Politik so abträglich, wie wenn sie mit Liebe verwechselt werde (Gauss-Interview von 1964). Die sich hierin manifestierende Tendenz, aus der Schwäche heraus machtvolle Akteure und Führungsgestalten zu bewundern und deren skrupellose Handlungsrezepte, die partikulären Erfolg resp. Gewinnmaximierung verschaffen, als allgemeine Erfolgsmaximen wie Glaubenssätze zu übernehmen, erscheint mir als besonders bedrohliches, ja als faschistoides Element in der vielfachen Komplexität der heutigen Situation. Es weist auf den bedeutungsvollsten Verluste hin: auf den Verlust der Skepsis ideologischen Pauschalerklärungen und Rezepten gegenüber und, in der Folge, auf den Verlust der Fähigkeit, einen eigenen politischen Entwurf zu wagen, der dem Wohl der vielen, die zusammenleben - dem *bien commun* -, zugute kommt. Damit ist insgesamt ein grosser Verlust an politischer Kultur, an Kultur überhaupt zu beklagen. Diese Verluste wettzumachen, ist 1998 dringend gefordert. Möglicherweise kann der "Geist" von 1848 wegweisend sein.

#### Reaktivierung von emanzipatorischen Fähigkeiten gegen die Halbherzigkeit

Was heisst, der Geist von 1848 könne wegweisend sein? Es heisst, dass die Schweiz sich klar werden muss, ob sie für ihre Zukunft ein verbrauchtes, überlebtes Staats- und Gesellschaftsverständnis übernehmen will, resp. ob sie einen Entwurf, der im 19. Jahrhundert bahnbrechend war, fürs 21. Jahrhundert beibehalten kann. Es heisst, dass sie ihr Staats- und Gesellschaftsverständnis grundsätzlich überlegen muss, sowohl in Hinblick auf ihren Platz in einer gewandelten Welt wie in Hinblick auf die politischen, sozialen und kulturellen Normen und Werte, die für die nachfolgenden Generationen gelten sollen. Es heisst somit, dass eine "Nachführung" der alten Verfassung nicht genügt. Wenn ich von Staats- und Gesellschaftsverständnis rede, so meine ich damit eine politische und gesellschaftliche Kultur, die, nach einer Umschreibung des ungarischen Denkers und Schriftstellers György Konrad, als "*immaterielle Kommunikation*" zu verstehen ist, an der all die vielen verschiedenen Menschen, die zusammenleben, gleichermassen partizipieren können. Dies aber ist unvereinbar mit Gesetzes- und Wirtschaftsstrukturen, die auf systematische Weise grosse Bevölkerungsteile nicht mehr partizipieren lassen, sondern ausgrenzen, indem sie Rechtlosigkeit, Armut und demütigende Fürsorgeabhängigkeit schaffen. Die Kultur, die ich meine, muss sich auf einem Gesellschaftsvertrag aufbauen, einen "*contrat social des citoyens et citoyennes*" (J.J.Rousseau's "Contrat social" entstand 1750), der aus den nach wie vor in reichem Mass vorhandenen innovativen Kräften entworfen werden muss, die in der Schweiz nicht nur im Dienst des Grosskapitals zum Zug kommen sollen.

1848 setzte sich der politische Wille einer Gruppe radikaler Liberaler gegen religiöse und ständische Herrschaftsansprüche durch, der politische Wille nach einer fortschrittlichen demokratischen Verfassung, um eine möglichst breite Partizipation der Bevölkerung an den Prozessen der politischen Entscheidungsfindung, der Machtverteilung und -ausübung zu ermöglichen, letztlich die institutionelle Form der Volkssouveränität. Im gleichen Geist, dem Geist der Emanzipation, konnte keine dreissig Jahre später, 1874, im Rahmen einer

Totalrevision ein bedeutender Teil der 1848 noch vorhandenen Demokratiedefizite beseitigt werden. Damals erst wurden die gleichen politischen Rechte für alle männlichen Bürger, unabhängig von Konfession und Religion, mithin auch für die Juden, garantiert. Allerdings blieben auch 1874 die Frauen von der Gleichheit, mithin von der politischen Freiheit, ausgeschlossen, und dieses Demokratiedefizit wurde, wie Sie wissen, erst 1971, nach grossen Widerständen, wenigstens in formaler Hinsicht gutgemacht.

Die Demokratiedefizite in der Verfassung von 1848 hatten sich nicht zufällig eingeschlichen. Sie waren Ausdruck einer, wie mir scheint, für die Schweiz grundsätzlichen Hemmung, den Gedanken der Emanzipation, d.h. der Gleichberechtigung, ganz zu denken und *ganz* umzusetzen. Denn Gleichberechtigung muss, damit der Anspruch der Rechtsgleichheit erfüllt ist, tatsächlich für *alle* Menschen, die innerhalb eines Staatsgebiets zusammenleben, gelten, resp. hätte für alle gelten sollen (auch für Juden und Frauen), oder es handelt sich um etwas anderes als um Gleichberechtigung. Der Geburtsfehler der Halbherzigkeit blieb der Schweiz anhaften, auch nach der formalrechtlichen Korrektur von 1874 und 1971. Er zeigt sich etwa darin, dass eine antijüdische Haltung und ein Widerstand gegen die öffentliche Wirksamkeit von Frauen immer wieder zum Ausdruck kommt. Insofern liesse sich sagen, dass das emanzipatorische "Legat" der Verfassung von 1848 noch nicht vollständig eingelöst ist, dass die Emanzipation noch zu vollenden ist.

Warum "Legat"? Ich denke, dass eine Verfassung ein verpflichtendes Versprechen aus der verfassungsgebenden Gegenwart heraus an die späteren Generationen, an die Zukunft ist. Die Verfassung ist, in Anlehnung an Hannah Arendt, ein *"Heilmittel gegen die Unabsehbarkeit der Zukunft"*. Während das Handeln in der Gegenwart sich zumeist im Reagieren auf vergangenes Handeln erschöpft und selten innovativ und wegweisend für die Zukunft ist, wird, wenn ein Versprechen abgegeben wird, aus einem Akt der Freiheit heraus, etwas Neues begonnen, ein Neuanfang gesetzt, durch welchen die Zukunft als Zeit der Einlösung des Versprechens ins Auge gefasst wird als eine Zeit, in der das Zusammenleben der Menschen gelingen und gedeihen soll. In diesem Sinn ist der Geist von 1848, ein Geist der Freiheit, zukunftsweisend.

Was gilt es daher im Zusammenhang mit der Verfassungsreform von 1998 ins Auge zu fassen? Die Antworten lassen sich aus der emanzipatorischen Umgestaltung der Elemente der aktuellen Krise heraus finden. Indem diese erkannt werden, können sie zu einem Ferment der Veränderung werden. Die politischen Instrumente, um eine Veränderung herbeizuführen - insbesondere jene der direkten Demokratie - sind nach wie vor vorhanden. Sie dürfen weder beschnitten noch erschwert werden. (Die Gefahr besteht allerdings immer, dass sie auch zu einem anti-emanzipatorischen, reaktionären Zweck missbraucht werden können).

## Das neue Projekt Schweiz

Wie kann die Schweiz angesichts der schnell sich verändernden Welt aus der politischen Lähmung und Erschlaffung, wie kann sie aus der Handlungslosigkeit, die ich als nationale Depression bezeichnet habe, das emanzipatorische politische Handeln neu lernen? Wie kann der Geist der Freiheit sich wieder so regen, dass daraus ein neues Versprechen der heutigen Generationen an die nachfolgenden entstehen kann? Wo findet sich die Kraft, damit der durch die ungebremste, deregulierte Expansions- und Bereicherungssucht der Grosskonzerne und der share-holders entstehende immer breitere Graben zwischen Arm und Reich, zwischen Not und Überfluss wieder geschlossen werden kann? Wo findet sich die innovative Kraft, die sich dem drohenden Gespenst einer Massenerwerbslosigkeit und Massenfürsorgeabhängigkeit

entgegenstellt, ohne dass sie sich antidemokratischer, ev. gar diktatorischer Modelle bedient? Wie können die Katastrophenängste der Vielen aus dem bedrohten Mittelstand, die von Rechtsaussenkräften zu eigenen Propagandazwecken benutzt werden, auf emanzipatorische Weise aufgefangen und in einem Prozess der Selbstermächtigung, der Selbstheilung aufgelöst werden?

Ich kann keine Rezepte, nur Anstösse zum Weiterdenken weitergeben, das allerdings zu politischen Lösungen führen könnte. *"Um den Missbrauch der Macht zu verhindern, muss vermöge einer Ordnung die Macht der Macht Schranken setzen"*, heisst es im 1748 veröffentlichten staatstheoretischen Hauptwerk des französischen Denkers Baron de Montesquieu *"De l'Esprit des Lois"*. Der heutigen Situation angemessen, in der jede At von Unheil schon geschehen ist und sich nicht mehr "verhindern" lässt, liesse sich variieren, dass, um den Missbrauch zu verringern und zu kontrollieren, vermöge einer Ordnung die Macht der Macht Schranken setzen muss. Die Macht des Kapitals hat mit globaler Deregulierung längst alle nationalen Schranken überrundet, allerdings ohne die politische Macht - die Macht der Demokratie - entmachtet zu haben, wie dies mit besonderer Hähme dem Volk weiszumachen versucht wird. Diese Macht kann zurückgewonnen werden, wenn das Volk, resp. die Mehrzahl der *citoyens* und *citoyennes*, die Freiheit wieder als Vermögen, einen Neuanfang zu setzen, beansprucht und einsetzt, wenn das Volk, so verstanden, sich wieder als *"lebendige Macht, die von der niemals ganz zuverlässigen und immer nur zeitweiligen Übereinstimmung vieler Willensimpulse und Intentionen abhängt"* (Hannah Arendt in *"Vita activa"*) konstituiert, als lebendige Gegenmacht zur scheinbaren Alleinmacht des Kapitals und zu den als Zynismus sich auswirkenden Partikulärinteressen dessen Vertreter: als Gegenmacht der politischen Vernunft und des emanzipatorischen Geistes, als Gegenmacht des Menschlichen und damit als Gegenmacht des solidarischen *"bien commun"*, bei dem es um die Erfüllung der Grundbedürfnisse und der Grundrechte aller geht, auch der Schwächsten in der Gesellschaft.

### Sozialpflichtigkeit des Kapitals zur Erfüllung der Grundbedürfnisse aller

Gewiss, die Errungenschaften der Technologie, insbesondere im Bereich der Kommunikation, in welchem alle Zeitschranken und Distanzen überwunden sind, können nicht rückgängig gemacht werden. Aber es ist möglich, mit politischen Massnahmen das Kapital und die astronomischen Mehrwertstigerungen, die einem äusserst kleinen Anteil der Bevölkerung zugute kommen, wieder sozialpflichtig zu machen. Allein deshalb muss die *"lebendige Macht des Volkes"* sich wieder beschlussfähig machen, um für die Schweiz, jedoch als Beitrag zu einer demokratischen Beschlussfassung auf transnationaler Ebene in Europa und über Europa hinaus, zu erreichen: dass der globalen Deregulierung des Kapitals *eine globale Regulierung der Sozialpflichtigkeit, d.h. der Reinvestition des Kapitalgewinns im Sinn des "bien commun" - des Wohls der Vielen, die zusammenleben* - entgegengestellt wird, zum Beispiel durch gleiche Besteuerungsansätze für Kapitalgewinne nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Ländern. Letztlich kann die eigentliche Bedeutung von Geld, symbolischer Tauschwert für materielle und für immaterielle Güter, letztlich für Lebensqualität zu sein, nur dann wieder aus der merkwürdigen Abstraktheit der Aktiengewinne zurückgewonnen werden, wenn diese Bedeutung für die Vielen, die zusammenleben, wieder auf vergleichbare Weise Sinn macht und umsetzbar wird. Solange Geld für die einen absurder Überfluss, für die anderen drohende bis quälende Not bedeutet, ist dies nicht der Fall. Der aktuell stattfindenden Umverteilung von oben, d.h. dem Machtmissbrauch weniger im Namen einer neoliberalen Freiheit, müssen daher mit demokratischen Mitteln - im Sinne Montesquieus - Schranken gesetzt werden, damit Freiheit wieder ein Gut für alle werde. Wer in Not und in Ängsten lebt, wer ständig nur besorgt ist, sein Überleben und dasjenige seiner Familie zu organisieren, geht der Freiheit verlustig.

Dies ist heute der Fall für Hunderttausende von Menschen in der Schweiz, für Millionen ausserhalb der Schweiz.

Um diesen gefährlichen Missstand, der aus dem Freiheitsmissbrauch weniger resultiert, zu korrigieren, ist es nötig, dass über eine neue Verfassungsgrundlage einerseits die Garantie einer Erfüllung der Grundbedürfnisse aller, die zusammenleben, die Zukunft absehbar macht, und dass andererseits - zum selben Zweck - die Öffnung der Schweiz konstruktiv vorbereitet wird - auf Europa, auf die Erarbeitung einer europäischen Verfassung sowie auf den Beitritt zur UNO hin. Das bedeutet, dass die - längst zur rhetorischen Leerformel gewordenen - nationalen Werte der "Unabhängigkeit" und "Neutralität" der Schweiz gegen den Wert der gelebten, reziproken Solidarität, im europäischen wie im internationalen Zusammenhang, ausgetauscht werde. Das bedeutet nicht, dass der nationale Zusammenhalt in seiner über Jahrhunderte gewachsenen Geschichtlichkeit aufgegeben werden muss: er muss lediglich verändert werden - letztlich durch Rückbesinnung auf die innovativen und zugleich integrativen Kräfte, die 1848 zur Bildung der liberalen und zugleich sozialen schweizerischen Nation geführt haben, jene Kräfte, die durch das aktuelle Überhandnehmen von Ängsten infolge propagandistisch genährter defensiver Beharrungsansprüche auf die sich selbst genügende Besonderheit der Schweiz verschüttet und gelähmt sind. Allein so kann für die bedrohte Ökologie eines verantwortungsvollen sozialen Ausgleichs wie für die bedrohte Kultur einer *"immateriellen Kommunikation"* auf nachhaltige Weise, d.h. für eine lebbarere Zukunft, Entwarnung angesagt werden. Dies ist möglich, dies nicht utopisch. Aber wie?

#### Das paradoxe Handeln als Möglichkeit der Heilung

In der Psychotherapie kranker Familiensysteme - und als ein solches kann auch die heutige Schweiz verstanden werden - lassen sich erstaunliche Resultate erzeugen durch paradoxe Prozesse, resp. durch eine Umkehrung der Prozesse: statt immer mehr vom Gleichen etwas völlig anderes. So ist es vorstellbar, dass sich zum Beispiel die Probleme im Bereich der sog. Ausländerpolitik statt durch immer grössere Repression und durch immer stärkere Restriktionen der Zuwanderung durch eine grosszügige Einbürgerungspolitik, durch die Anerkennung der hier geborenen Kinder als Schweizer und Schweizerinnen und durch die Einführung des Ausländer/Ausländerinnenstimmrechts auf konstruktive Weise verändern. Die Ausländerquoten würde zum einen drastisch verringert, andererseits würden durch die Tatsache der Zugehörigkeit zur Schweiz auch das Identifikations- und Verantwortungsvermögen von Hunderttausenden von Menschen diesem Land gegenüber in starkem Mass gesteigert. Die Tatsache, dass ohnehin die meisten, um die es ginge, in der Schweiz arbeiten und Steuern bezahlen, macht die Gewährung der politischen Gleichberechtigung ohnehin zu einem komplementären Akt des politischen Anstandes und der gesellschaftlichen Klugheit. Es gilt nämlich für alle Belange, dass dort, wo jemand als Mensch und als Person anerkannt wird, auch sein/ihr Herz schlägt. Umgekehrt: warum sollte jemand sich integrieren wollen, wenn er/sie zugleich abgelehnt wird? - wenn Gleichberechtigung nur für die anderen gilt? Das Zugeständnis des Ausländerstimm- und -wahlrechts ist, im Sinn der zu vollendenden Emanzipation, wiederum nur die Weiterführung der Emanzipation erst der Juden und dann der Frauen, eine Weiterführung, die mit pragmatischem liberalem Denken zu tun hat, da in der Folge mit einer komplementären Generosität anderer Staaten den Schweizerinnen und Schweizern gegenüber gerechnet werden kann.

Die Umkehrung des Handelns müsste sich auch in anderen Bereichen durchsetzen, etwa im Bereich von Erziehung und Bildung. Statt immer weniger Mittel in diesen Bereich zu investieren, müsste er aufgewertet und gestärkt werden, damit Zukunft absehbar wird (auch für

diejenigen, die um ihre Altersversorgung bangen); denn Bildung jenes immaterielle Kapital, das sich auch im Bereich der materiellen Sicherung von Lebensqualität am effizientesten auswirkt. Wohl in keinem anderen Bereich zeigen Investitionen von heute so direkte und unmittelbare Folgen für morgen. Um zukünftigen Machtmissbrauch zu verhindern, um auch in Zukunft *"der Macht durch die Macht Schranken zu setzen"*, muss der Erwerb von Wissen und von Kompetenz allgemein zugänglich sein und auf generöseste Weise gefördert und unterhalten werden. Am wichtigsten, am unverzichtbarsten erscheint mir dabei das Urteilsvermögen. Darunter ist die Fähigkeit zu verstehen, eine allgemeine Regel auf das Besondere anzuwenden, respektive das Besondere, das einen Entscheid und ein bestimmtes Handeln erfordert, mit einer übergeordneten Regel zu verknüpfen. Wie kann diese Fähigkeit erworben, geübt und gestärkt werden?

Ich denke, dass zur Erlangung und Stärkung der Urteilskraft eine in frühester Kindheit beginnende, nie abbrechende Einübung in den Widerspruchsreichtum des menschlichen Zusammenlebens, in die Paradoxa von Leben und Gesellschaft, in das begründete Ja- und Neinsagen, in Einstimmung und Differenz nötig sind, dass nur aus dieser Übung heraus sowohl Willkür des Handelns wie blindes Mitläufertum oder resigniertes Beiseitestehen vermieden werden können. Die Heranbildung der Urteilskraft ist sowohl in den Familien wie auf allen Schul- und Bildungsstufen zu üben, sie muss in den Arbeits- und Anstellungszusammenhängen wie in der Öffentlichkeit, im Raum des Politischen, ihren Platz haben. Denn die Urteilskraft ist zugleich die Voraussetzung und das Resultat der Freiheit, dieser kostbarsten "Unvollkommenheit". Dadurch ist sie Voraussetzung und Garantie von Neubeginn und wirklichem Fortschritt im Zusammenleben, Voraussetzung und Garantie dafür, dass die der Souverän die ihm in der Verfassung verbrieften Rechte tatsächlich ohne Missbrauch wahrnehmen kann.

Ich komme zum Schluss. In Bezug auf ihr Prestige in der Welt hat die Schweiz in jüngster Zeit eine Art "Marginalisierungsprozess" erlebt, den sie als verunsichernden Selbstwertverlust wahrgenommen hat. Sie, die sich als Zentrum Europas, wenn nicht gar der Welt vorkam, fühlt sich plötzlich an den Rand gedrängt. Diese Erfahrung hat innerhalb eines Grossteils der Bevölkerung jene ambivalenten Gefühle geweckt, die ich festgestellt habe; sie kann andererseits einen hilfreichen Prozess einleiten, um aus der Ambivalenz und Halbherzigkeit herauszuführen. Nur wer selber schon an Krücken gehen musste, weiss, in welchem Mass die Einschränkung der Bewegungsfreiheit Rücksicht und Unterstützung erfordert, und was für die Menschen als Individuen gilt, gilt für die Staaten und für die Menschen, die in ihnen leben. Was wird von jenen, die sich selbst im "Zentrum" wähnen, von jenen anderen erwartet, die als "marginalisiert" bezeichnet werden, ob diese einzelne Arme seien oder sog. "Drittweltstaaten"?. Es wird verlangt, dass sie lernen und tüchtig werden, um selbst ihren Status zu überwinden, nicht wahr? Insofern ist die aktuelle Krise für die Schweiz eine grosse Chance, sich selber als Projekt neu zu konstituieren, im Sinn der noch immer unvollendete Emanzipation und im Rekurs auf die vorhandenen, aber so arg verschüttete Fähigkeiten des Muts und der Generosität, die aus dem Fundus der Freiheit vorweg erwachsen.

Mit diesem Projekt, scheint mir, könnte sich auch die Jugend einverstanden erklären, und über ihr Einverständnis könnte eine politische, soziale und kulturelle Bewegung in Gang kommen, welche die Herzen und die Strukturen aus der angstbesetzten Handlungslähmung, dem gesellschaftlichen und politischen Patt, in starkem Mass lösen könnte, so dass neue Strukturen geschaffen werden könnten, welche ein breite, zukunftsweisende Partizipation in Europa und in der Welt angstfrei zulassen, nicht nur auf den Finanzmärkten für wenige, sondern in allen Bereichen und Räumen des vielgestaltigen Zusammenlebens für alle. Noch formuliere ich diese Vision im Konjunktiv, aber 1998, das eben begonnene Jubiläumsjahr, eignet sich trotz (oder



gerade wegen) aller Erschwernisse, den Konjunktiv zum Indikativ, zur Wirklichkeitsform werden zu lassen.

Zürich, Anfang Januar 1998